

LWL-KS-Newsletter

5. Jahrgang / Nr. 6
November 2007

Inhalt

- **Nachrichten aus der LWL-Koordinationsstelle Sucht** 1

Neues EU-Projekt „FreD goes net“ am 1. November gestartet | FreD-Nacherhebung dokumentiert Erfolg des Modellprojektes | Projekt SeM: Im Dezember endet die Transfer-Phase | Veranstaltungsprogramm 2008 noch ausführlicher | LWL-KS feiert das 25-Jährige mit Humor, Genuss und Lust | W. Rometsch referierte beim Wissenschaftlichen Gespräch | LWL-KS richtete zwei Workshops beim Kooperationsstag aus | Daten zur Arbeit mit Zuwandererinnen und Zuwanderern veröffentlicht

- **Nachrichten aus Westfalen-Lippe** 8

Projekt „SeM“ im LWL-Bericht 2006/2007 | Hamm hat jetzt ein Dr. Helmut-Hünnekens-Haus | Möglicherweise mehr junge Cannabis-Konsumenten | Modulare Kombitherapie ist bislang einzigartig in der Region | Adaptionsbehandlung für Straffällige mitten in der Stadt | Neuer ambulanter Opiat-Entzug in LWL-Klinik Dortmund

- **Sucht- und drogenpolitische Nachrichten aus NRW, Bund, Ausland** 11

Bundesrat beschließt Gesetzesinitiative für Diamorphin | DGS für Liberalisierung der Methadon- und Heroin-Abgabe | Drogenbeauftragte nicht strikt gegen Alkohol-Testkäufe | Europa-Parlament will Jugendliche vor Alkohol schützen | NRW schreibt Kooperation Schule – Justiz gegen Drogen vor | Münchener IFT bittet um Beteiligung an Datenbank-Erstellung | Weitere Rauchverbote bei wechselhaften Zahlen | Rheinland-pfälzische FamTische gehen in die zweite Runde | In drei Jahren soll gegen Rauchen geimpft werden | Schweizer Eltern wollen restriktivere Drogen-Politik | Cannabis-Problematik in Österreich stärker als gedacht

- **Ankündigungen und Veröffentlichungen** 17

Staatliche Heroin-Abgabe Schwerpunkt in Sucht 5/2007 | Pro Mente veröffentlicht Artikel-Serie „Jugend und Alkohol“ | Tagungsbeiträge: Familie als Zielgruppe für Suchtprävention | Handlungsempfehlungen als Ergebnis der Jahrestagung | Drogen-Broschüre will nicht Nein sagen | Anschauliche Präsentation über Drogen im Gehirn | Impressum

Die in diesem Newsletter enthaltenen Internet-Links können angeklickt werden. Es öffnet sich dann der Internet-Browser und zeigt die entsprechende Seite an. Dazu muss eine Verbindung mit dem Internet bestehen.



Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Neues EU-Projekt „FreD goes net“ am 1. November gestartet

Münster ▪ „FreD goes net“ heißt ein neues Projekt der LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS), das am 1. November gestartet wurde und drei Jahre dauern soll. Gefördert mit Mitteln des Aktionsprogramms „Öffentliche Gesundheit 2003 – 2008“ der Europäischen Kommission und des Bundesministeriums für Gesundheit geht es bei dem Projekt um die Weiterentwicklung des Modellprogrammes „FreD“. „FreD“ (Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumentinnen und -konsumenten) wurde als Bundesmodellprojekt von der LWL-KS entwickelt und soll nun nach der Evaluation hinsichtlich der Zielgruppe, der Kooperationspartner und der eingesetzten Methoden weiterentwickelt werden. Geplant ist zudem die europaweite Implementierung der FreD-Methoden.

FreD Deutschland baut darauf, jungen Drogenkonsumierenden, die deswegen das erste Mal polizeilich auffällig geworden sind, frühzeitig ein Angebot eines Einführungsgesprächs mit einem sich anschließenden, maximal achtstündigen Gruppenangebot zu unterbreiten. Durchgeführt wurden die vom Bundesministerium für Gesundheit geförderten FreD-Maßnahmen in den Gemeinden und Kreisen in enger Abstimmung mit Polizei und Staatsanwaltschaft.

„FreD“ richtete sich schwerpunktmäßig an junge Cannabis-Konsumierende. „FreD goes net“ strebt nun an, auch Konsumierende anderer Drogen wie Ecstasy oder Alkohol anzusprechen. Über die Justiz-Institutionen hinaus sollen nun auch so genannte „primäre Sozialisationsinstanzen“, also unter anderem Schule, Ausbildungsstätten und öffentliche Dienste wie die Jugendhilfe mit ins „FreD-Boot“ genommen werden. Die eingesetzten Methoden sollen um Screening-Methoden und Assessment-Instrumente ergänzt werden. Vorgesehen ist des weiteren, Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Angebote gezielt in Anschluss-Maßnahmen weiterzuvermitteln, wenn dies angezeigt erscheint.

18 Partner aus 16 europäischen Ländern gewährleisten, dass „FreD goes net“ in weiten Teilen der Europäischen Union implementiert werden wird.

▼ **Projekt-Koordinatorin für „FreD goes net“ ist Nadja Wirth, Tel.: 0251 591-5382. Sie betreute bereits im Bundesmodellprojekt „FreD“ den nordrhein-westfälischen Standort bei der Krisenhilfe in Bochum. Mit Kathrin Horre, Tel.: 0251 591-6891, ist eine weitere Mitarbeiterin als Projekt-Assistentin für „FreD goes net“ zuständig.**
nadja.wirth@lwl.org
kathrin.horre@lwl.org

▼ **„FreD goes net“ greift Erkenntnisse auf, die die Nacherhebung zum Bundesmodellprojekt „FreD“ ergeben haben. Damit beschäftigt sich der folgende Bericht**
[FreD-Nacherhebung dokumentiert Erfolg des Modellprojektes](#)

FreD-Nacherhebung dokumentiert Erfolg des Modellprojektes

Münster ▪ „FreD“, das Bundesmodellprojekt zur Frühintervention bei erstaufrälligen Drogenkonsumenten, war ein Erfolg. Das ist zum einen der Eindruck der Mitwirkenden beim von der LWL-Koordinationsstelle Sucht ab dem Jahr 2000 durchgeführten Modell-Vorhaben, zum anderen deutet die hohe Zahl von mehr als 140 mitmachenden Gemeinden und Kreisen darauf hin. Doch was genau übernehmen die Kommunen vom „FreD“-Konzept? Wird das erarbeitete Methoden-Instrumentarium unverändert übernommen, oder haben Veränderungen und Erweiterungen Eingang in den FreD-Kanon gefunden? Wie wird FreD organisatorisch und finanziell in die Strukturen der Suchthilfe vor Ort eingebunden? Dieser und vielen weiteren Fragen ist Wilfried G6rgen von der Gesellschaft f6ur Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich (FOGS) nachgegangen, der im Auftrag der LWL-KS und gef6ordert durch das Bundesgesundheitsministerium f6ur Gesundheit eine Nachbefragung zu FreD durchgef6uhrt hat.

Die Befragung zu Ausgestaltung und Folgen des Einsatzes von FreD oder vergleichbaren Angeboten war schriftlich durchgef6uhrt worden. Frageb6ogen waren unter anderem auch 6ber die Homepage der LWL-Koordinationsstelle Sucht verbreitet worden. Als wichtigstes Ergebnis hat die Nacherhebung ergeben, dass gerade die Transferphase, die sich dem von 2000 bis 2002 laufenden Modellprojekt anschloss, wesentlich dazu beigetragen hat, dass FreD inzwischen seinen festen Platz im Spektrum der suchtpr6aventiven Ansätze gefunden hat.

Die von FreD vorgeschlagenen Elemente des Einf6uhrungsgespr6aches und des nachfolgenden Gruppenangebotes f6ur Jugendliche, die das erste Mal von der Polizei wegen Drogenvergehen aufgegriffen worden sind, wurde durch die befragten Einrichtungen weitgehend unverändert 6bernommen. Berichtet wurde durchgehend von einer hohen Mitwirkungsbereitschaft der Jugendlichen.

Gezeigt wurde durch die Untersuchung auch, dass die durch FreD angesto6enen Kooperationen sich haupts6achlich auf die Zusammenarbeit von Suchtpr6vention und Justiz beschr6anken. Angeregt wird aber eine Ausweitung auf weitere Systeme wie Schule oder Jugendhilfe. Deutlich wurden auch weitere Ausgestaltungs-Potentiale, die nicht zuletzt durch das neue LWL-KS-Projekt „FreD goes net“ erschlossen werden sollen. FreD in seiner Reinform bietet noch keine Handlungsm6oglichkeiten, um problematisch konsumierende Jugendliche anschlie6end in weitere Ma6nahmen zu 6berweisen. Genauso beschr6ankt sich FreD vor allem auf Cannabis konsumierende Jugendliche. Hier erschien dem Autoren der Nacherhebung eine Ausweitung der Zielgruppe angebracht.

Der Abschlussbericht „Nachbefragung des Bundesmodellprojektes Fr6uhintervention bei erstaufrälligen Drogenkonsumenten/innen – FreD“ ist als Sonderband in der Reihe „Forum Sucht“ der LWL-KS erschienen. Laden Sie sich die Ver6offentlichung als PDF-Datei aus dem Internet herunter: <http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Publikationen/ForumSucht/>

Mittlerweile l6auft bei der LWL-KS das Projekt „FreD goes net“, das die Umsetzung einiger Anregungen der Nacherhebung anstrebt. Lesen Sie dazu den vorstehenden Bericht Neues EU-Projekt „FreD goes net“ am 1. November gestartet

Projekt SeM: Im Dezember endet die Transfer-Phase

Münster ▪ Im Dezember ist die Transfer-Phase des Projektes SeM abgeschlossen, mit dem die Ergebnisse des im März beendeten, dreijährigen Projektes zur sekundären Suchtprävention bei spätausgesiedelten jungen Menschen in Münster in anderen Regionen und Städten bekannt gemacht werden sollten. „SeM“ wurde durchgeführt von der LWL-Koordinationsstelle Sucht in Kooperation mit dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Münster und gefördert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Innerhalb des Projektes SeM wurden suchtpreventive Methoden für die Arbeit mit stark konsumierenden Jugendlichen, ihren Eltern und Multiplikatoren für die Gruppe der spätausgesiedelten Menschen überarbeitet und erprobt. Während der Transfer-Phase informierten die Projekt-Mitwirkenden die Fachöffentlichkeit darüber in Fachtagungen und Fortbildungen.

Die Fachtagung zum Projekt „Interkulturelle Ansätze in der sekundären Suchtprävention“ öffnete am 20. September 2007 die Veranstaltungsreihe zum Transfer. Themen der Fachtagung waren unter anderem Basisinformationen zur Herkunft, Kultur, Übersiedlung und Integration der Russlanddeutschen, migrationsbedingte Belastungen als Suchtgefährdungspotential bei jugendlichen Aussiedlern, die Projektstruktur von SeM, angewandte Methoden und Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zum Projektverlauf.

Erfahrungen aus dem Projekt SeM waren auch Thema auf bundesweiten Fachtagungen und Fachkonferenzen. So stellte Projekt-Koordinatorin Ludmilla Dickmann es auf dem Berliner Symposium „Migration und Sucht“ im Rahmen des 16. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Suchtmedizin in Berlin vor.

Plakat-Präsentationen auf dem 12. Deutschen Präventionstag im Juni in Wiesbaden und auf der Fachkonferenz „Sucht 2007“ der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen vom 12. bis 14. November in Manheim waren und sind weitere Bausteine, um SeM bekannt zu machen. Bei diesen Präsentationen haben Fachkräfte der Sucht- und Jugendhilfe die Möglichkeit, Fragen zur Durchführung des Projektes zu stellen, das Handbuch als Handreichung zu bekommen und weitere Kontakte zur LWL-Koordinationsstelle Sucht aufzubauen.

Auch nach dem offiziellen Projekt-Ende wird die LWL-Koordinationsstelle Sucht sich mit dem Themenfeld befassen. Entsprechende Fortbildungen werden angeboten. Auch wird es weitere Sitzungen des Arbeitskreises Migration und Sucht in der LWL-Koordinationsstelle Sucht geben.

➤ **Konkretere Informationen über das Projekt SeM finden Sie auf der Homepage des Projektes SeM:**
<http://www.projekt-sem.de>

➤ **Außerdem erteilt Ihnen Projekt-Leiter Wolfgang Rometsch Auskünfte unter Tel.: 0251 591-4710, Fax: 0251 591-5499.**
kswl@lwl.org

➤ **SeM hat auch Eingang in den LWL-Bericht 2006/2007 gefunden. Darüber berichten wir in diesem LWL-KS-Newsletter: Projekt „SeM“ im LWL-Bericht 2006/2007**

Veranstaltungsprogramm 2008 noch ausführlicher

Münster ▪ Im ganz neuen Format, sehr aufwändig gestaltet und wie immer prallvoll mit interessanten Diskussions-, Weiter- und Fortbildungsveranstaltungen präsentiert sich seit kurzem das Veranstaltungsprogramm der LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS) für das Jahr 2008. Das neu gestaltete Programm informiert im 25. Jahr des Bestehens der Einrichtung nun noch ausführlicher über die Fortbildungen, Weiterbildungen, Zertifikatskurse und Arbeitskreise der LWL-KS. Nicht aufgeführt werden die Fachtagungen, die die LWL-KS anbietet, weil die Tagungen sich meist an aktuellen Themen orientieren. Diese werden gesondert ausgeschrieben.

Interessierte an dem Bildungsangebot der LWL-KS finden in der neuen Broschüre nun bereits vor Beginn des Veranstaltungsjahres viele der Informationen, die bisher erst in den einzelnen Veranstaltungs-Faltblättern aufgeführt worden sind. Dazu gehören ausführliche Beschreibungen der Seminar- und Tagungsinhalte, Namen und Porträts der Referentinnen und Referenten, Daten zum Veranstaltungsort und zum inhaltlichen und organisatorischen Ansprechpartner. Enthalten sind natürlich auch Anmeldekarten, um sich rechtzeitig einen Platz in den attraktiven Veranstaltungen der LWL-KS zu sichern.

Das Seminar-Programm des nächsten Jahres hat einen Schwerpunkt bei der Kooperation von Sucht- und Jugendhilfe. Dieser Arbeitsbereich liegt auch deshalb nahe, weil die LWL-KS seit dem Jahr 2003 beim LWL dem Dezernat „Landesjugendamt und Westfälische Schulen“ zugeordnet ist und somit schon organisatorisch die Kooperation mit der Jugendhilfe gegeben ist.

Mit ein Glanzlicht des für das nächste Jahr vorgesehenen Programmes ist eine Exkursion, die in ein europäisches Nachbarland führen soll, das beim Nichtraucherschutz bereits weiter ist als die Bundesrepublik Deutschland.

Das Jahresprogramm der LWL-KS für das nächste Jahr können Sie anfordern bei Jörg Körner, Tel.: 0251 591-5538
joerg.koerner@lwl.org

Jeweils aktuelle Informationen zu den anstehenden und zu zusätzlichen Veranstaltungen finden Sie immer auf der Veranstaltungsseite in der LWL-KS-Internet-Präsenz:
<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Bildungsangebote/>

LWL-KS feiert das 25-Jährige mit Humor, Genuss und Lust

Münster ▪ Mit einer besonderen Fachtagung beging die LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS) das Jubiläum ihres 25-jährigen Bestehens. „Genuss – Lust – Humor. Ressourcenaktivierung in Prävention, Beratung und Behandlung“ war der Titel der Tagung, zu dem sich 100 Freunde, Förderer und Kooperationspartner der LWL-KS im Münsterschen Erbdrostenhof versammelt hatten. Besonders Bernhard Trenkle, Leiter des Milton-Erikson-Institutes in Rottweil verstand es, den Anwesenden zu vermitteln, welche Rolle der Humor in der Psychotherapie und der Prävention spielt.

Auf die Geschichte der LWL-KS hatte zuvor Maria Seifert, Vorsitzende der Landschaftsversammlung, zurückgeblickt. Sie führte aus, dass die LWL-KS seit ihrer Gründung mehr als 14 000 Fachkräfte aus Westfalen-Lippe fortgebildet hat. Über 30 regional, landes-, bundes- oder EU-weit bedeutsame Projekte wurden durch die LWL-Einrichtung entwickelt und umgesetzt.

Die Arbeit werde der LWL-KS wie auch der gesamten Suchtprävention und -hilfe aber nicht ausgehen, wagte die Festrednerin einen Blick in die Zukunft. Sorgen bereiteten der Fachwelt vor allem Kinder und Jugendliche, die immer früher mit dem Rauchen begannen oder ihre Wochenenden beim „Binge Drinking“, dem Trinken bis zum Umfallen, verbrachten.

Wolfgang Rometsch referierte vor DG Sucht

Münster/Hamburg ▪ Die Ergebnisse der Expertise „Zugang zu jungen Cannabis-Konsument(inn)en“ präsentierte Wolfgang Rometsch, Leiter der LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS), beim 11. Wissenschaftlichen Gespräch der Deutschen Gesellschaft für Suchtforschung und Suchttherapie (DG Sucht). Thema der Zusammenkunft mit wissenschaftlichem Charakter war Cannabis-Gebrauch und -Missbrauch. 16 Referentinnen und Referenten gestalteten das Vortragsprogramm. Sie informierten unter anderem über Verbreitung und Auswirkung von Cannabis, die Giftigkeit für das neuronale System sowie über Behandlungs- und Vorbeugungsansätze. Präsentiert wurden des weiteren die Bundesmodellprojekte „Realize it“, „INCANT“ und „Candis“ sowie ein Projekt zur Rückfall-Prophylaxe.

Der LWL-KS-Newsletter informierte Sie in Ausgabe 2/2007 über das Erscheinen der Expertise, die durch Mittel des Bundesgesundheitsministeriums für Gesundheit gefördert und durch die Kölner Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich (FOGS) durchgeführt wurde. Expertise „Zugang zu jungen Cannabiskonsumenten“ liegt vor

Zu den Auswirkungen von Drogen auf das neuronale System gibt es eine informative Seite des Amsterdamer Jellinek-Zentrums.
Anschauliche Präsentation über Drogen im Gehirn

Erschienen ist die Expertise unter dem Titel „Zugang zu jungen Cannabiskonsumenten/innen“ als Sonderband der Reihe „Forum Sucht“, die die LWL-KS herausgibt. Sie können sich den Text als PDF-Datei aus dem Internet herunterladen:
<http://www.lwl.org/ks-download/downloads/publikationen/Cannabis-Expertise.pdf>

LWL-KS richtete zwei Workshops beim Kooperationstag aus

Münster ▪ Der vierte Kooperationstag „Sucht und Drogen“ des Landes Nordrhein-Westfalen wurde am 12. September in Dortmund ausgerichtet. Gefördert durch das Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales tauschten sich einmal mehr Expertinnen und Experten aus verschiedenen Fachgebieten und Institutionen aus.

Die LWL-Koordinationsstelle Sucht zeichnete für zwei der insgesamt 16 Workshops verantwortlich, die nach der Mittagspause durchgeführt wurden. Doris Sarrazin leitete die Arbeitsgruppe „Work-Life-Balance“, Hartmuth Elsner „Jugendliche auf dem Weg zum Nichtrauchen – das Projekt ‚Jan‘ als Beispiel für präventive Ansätze in der Jugendhilfe“.

Institutionen und Verbände stellten sich und ihre Arbeit mit Informationsständen begleitend zum Vortragsprogramm vor. Auch hier war die LWL-Koordinationsstelle Sucht (KS) vertreten. Am Stand der LWL-KS gab es unter anderem Manuale zu den Projekten, Informationsmaterialien, Veranstaltungsinformationen und viele weitere Materialien.

„Auch in Zeiten knapper Kassen ist eine Sucht- und Drogenpolitik notwendig, die therapeutische Angebote für suchtkranke Menschen möglich macht.“, hatte der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Theodor Windhorst, in seinem Beitrag zum nordrhein-westfälischen Kooperationstag „Sucht und Drogen“ gefordert. Kooperation sei bei der Arbeit mit suchtkranken Menschen unverzichtbar. Das betreffe beispielsweise die psychosoziale Betreuung der Kranken. Dr. Windhorst sprach sich für eine Fortführung des pragmatischen Ansatzes aus, der die nordrhein-westfälische Drogenpolitik seit langem bestimme. Er nannte als Beispiele dafür das Methadon-Substitutionsprogramm und das Landesprogramm gegen Sucht.

Kooperationspartner für den nordrhein-westfälischen Kooperationstag Sucht und Drogen sind die Ärztekammern Westfalen-Lippe und Nordrhein, die Apothekerkammern Westfalen-Lippe und Nordrhein, die Freien Wohlfahrtsverbände, die Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland, die Landeskoordinierungsstelle Suchtvorbeugung NRW (GINKO), die Landeskoordination Integration NRW sowie die Landesfachstelle Glücksspiel NRW.

- ▶ **Die Beiträge zu den verschiedenen Workshops können Sie sich von der Homepage des Kooperationstages „Sucht und Drogen“ herunterladen.**
<http://www.wissensuchtwege.de/vortraege.htm>
- ▶ **Erste Ergebnisse der Evaluation des Projektes SEM haben wir im LWL-KS-Newsletter 2/2007 veröffentlicht: Abschlussbericht attestiert SeM Zielerreichung**
- ▶ **In Ausgabe 4/2007 des LWL-KS-Newsletters finden Sie einen Artikel zur SeM-Transfer-Phase: SeM-Dokumentation liegt inzwischen vor**

Quelle: LifePR, 12. September 2007, <http://www.lifepr.de/pressemitteilungen/aeztekammer-westfalen-lippe/boxid-16286.html>

Daten zur Arbeit mit Zuwandererinnen und Zuwanderern

Münster ▪ Bevor sich das Jahr dem Ende zuneigt, hat die LWL-Koordinationsstelle Sucht (LWL-KS) noch Band 39 ihrer in lockerer Folge erscheinenden Reihe „Forum Sucht“ vorgelegt. „Menschen mit Migrationshintergrund in den Suchthilfeeinrichtungen in Westfalen-Lippe“ ist der Titel der von Andrea Santel, Wichard Puls und Doris Sarrazin erstellten Publikation.

Mit dem neuen Forum-Sucht-Band vertieft die LWL-KS eine Diplomarbeit von Andrea Santel aus dem Jahr 2004. Im Aufbau-Studiengang Diplom-Pädagogik an der Universität Siegen hatte sie Suchthilfeeinrichtungen in Westfalen-Lippe zu ihrer Arbeit mit Zuwanderinnen und Zuwanderern befragt. Im Auftrag der LWL-KS hatte anschließend Sarah Mümken vom Promotionskolleg der Universität Bremen die Daten vertiefend ausgewertet und aufbereitet. Die vorgestellten Daten sind somit einerseits zwar bereits drei Jahre alt, es gibt aber keinerlei Anzeichen, dass sich an den geschilderten Situationen seither etwas geändert haben könnte. Neuere Untersuchungen zu dem Thema liegen auch nicht vor.

Die Schlussfolgerung der Arbeit dürfte somit nach wie vor aktuell sein: Suchthilfeeinrichtungen sind nicht ausreichend auf die Arbeit mit zugewanderten Menschen eingestellt. Vielfach „verstehen“ sich die Seiten der vermeintlich problematisch konsumierenden Menschen und die Beratungs- und Hilfseinrichtungen einfach nicht. Denn gerade Aussiedlerinnen und Aussiedlern fehlt vielfach das Problembewusstsein für ihren Suchtmittelkonsum. Die Menge, die in ihren Kreisen noch für absolut normal gehalten wird, wird von der Suchthilfe bereits problematisiert. Von den Aussiedlern wird darüber hinaus eine Stigmatisierung als Abhängigkeitskranker befürchtet, was weitere Abwehrreaktionen gegen die Kontaktaufnahmeversuche des Hilfe-Systems zur Folge hat.

Als Ausweg aus dem vermeintlichen Dilemma bleibt nur, sich genau mit dem kulturellen Hintergrund der zugewanderten Menschen zu beschäftigen. Die Datenerhebung im Rahmen der nun veröffentlichten Arbeit bildet dazu eine wichtige Grundlage.

📌 **Diesen und viele weitere Bände der Reihe „Forum Sucht“ können Sie von den Internetseiten der LWL-Koordinationsstelle Sucht bestellen:**
<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Publikationen/ForumSucht/>

📌 **Sie können diese Publikationen auch bei Jörg Körner, Tel.: 0251 591-5538 anfordern.**
joerg.koerner@lwl.org

Santel, Andrea; Puls, Wichard u. Doris Sarrazin: Menschen mit Migrationshintergrund in den Suchthilfeeinrichtungen in Westfalen-Lippe. Forum Sucht, Bd. 39, Münster 2007: LWL-Koordinationsstelle Sucht.

Projekt „SeM“ im LWL-Bericht 2006/2007

Münster ▪ „Unser Erfolg basiert auf einer altmodischen Geschäftsidee: Menschlichkeit.“ Diese Bekundung schmückt das Titelblatt des LWL-Berichtes 2006/2007. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) als Kommunen-übergreifender Akteur für Gesundheit, Soziales, Kultur und Soziales informiert darin in Form von Reportagen und Interviews schlaglichtartig über seine Aufgabengebiete.

Vertreten ist in der 50-seitigen Broschüre auch die LWL-Koordinationsstelle Sucht mit dem Projekt „Sekundäre Suchtprävention für spätausgesiedelte junge Menschen in Münster“ (SeM), dessen Transfer-Phase sich dem Ende entgegen neigt. Projekt-Koordinatorin Ludmilla Dickmann beantwortet auf einer Seite grundlegende Fragen zu dem Projekt, das mittlerweile vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als „Best-Practice-Projekt“ ausgezeichnet worden ist.

Die „SeM-Managerin“ kündigt in dem Gespräch auch an, dass aus den Vermittlungsveranstaltungen, die in der zweiten Jahreshälfte angeboten worden sind, eine Materialsammlung erwachsen soll, die künftig Verantwortlichen als „Kochbuch“ für die Implementierung eines SeM-ähnlichen Präventionsprojektes dienen soll.

🚩 Den LWL-Bericht 2006/2007 können Sie bestellen bei: Jutta Weinkamp und Sandra Albert, Tel.: 0251 591-4406, Fax: 0251 591-5405
oeffentlichkeitsarbeit@lwl.org

🚩 Alternativ finden Sie auf der LWL-Internetseite eine Online-Bestellmöglichkeit:
http://www.lwl.org/LWL/Der_LWL/PR/LWL_Publikationen/

🚩 Beachten Sie auch den folgenden Bericht in diesem LWL-KS-Newsletter:
[Projekt SeM: Im Dezember endet die Transfer-Phase](#)

Hamm hat jetzt ein Dr. Helmut-Hünnekens-Haus

Hamm ▪ Der Hammer Arbeitskreis für Jugendhilfe benennt sein gerade neu bezogenes Haus an der Brüderstraße 39 nach seinem Gründer Dr. Helmut Hünnekens, der in diesem Jahr 90 Jahre alt geworden wäre. Das „Dr. Helmut-Hünnekens-Haus – Haus der Suchthilfe“ wird in einer Feierstunde am Freitag, 23. November, offiziell seiner Bestimmung mit dem ehrenden Namen übergeben.

Dr. Helmut Hünnekens gehörte zu den bedeutenden Jugend-Psychiatern in Westfalen-Lippe und weit darüber hinaus. Von 1961 bis zu seiner Pensionierung 1981 war er leitender Arzt und Direktor des Westfälischen Institutes für Jugendpsychiatrie und Heilpädagogik, das seit 1965 in Hamm ansässig war. 1970 gründete er eine Drogenabteilung in der jugendpsychiatrischen Klinik in Hamm. Im selben Jahr initiierte er die Gründung des Arbeitskreises Jugendhilfe e.V., der sich seitdem um die Belange Drogen gebrauchender Menschen und deren Angehöriger kümmert.

Neben vielen weiteren Tätigkeiten ist Dr. Helmut Hünnekens nicht zuletzt auch der Gründer und erste Leiter der damaligen „Koordinationsstelle für Drogenfragen und Fortbildung“ gewesen, die in der heutigen Form als LWL-Koordinationsstelle Sucht in diesem Jahr ihr 25-jähriges Bestehen begangen hat.

Möglicherweise mehr junge Cannabis-Konsumenten

Dortmund ▪ 22 000 junge Menschen haben in Dortmund nach Schätzungen der Techniker-Krankenkasse bereits mindestens ein Mal Cannabis geraucht. Träfe diese Annahme zu, hätte somit jeder dritte Dortmunder Teenager bereits Erfahrungen mit dem Konsum so genannter „weicher“ Drogen. Abgeleitet wurden die Daten aus einer Statistik, die den Cannabis-Konsum in ganz Nordrhein-Westfalen untersucht hat. Demnach stieg die Zahl der 15- bis 25-Jährigen, die wegen Cannabis-Konsums in eine Klinik eingewiesen werden mussten, innerhalb von fünf Jahren um mehr als 60 Prozent auf 760 an.

Die Dortmunder Drogenberatung am Schwanenwall (Drobs) bestätigt die Krankenkassen-Statistik nicht. Er könne keine Konsumsteigerung erkennen, wird beispielsweise Drobs-Leiter Hans Adam in einem Zeitungsbericht zitiert. Jährlich leiste man Beratung für 80 bis 90 junge Cannabis-Konsumierende und etwa 50 Eltern. Die Zahlen seien stabil und letztmals vor drei oder vier Jahren angestiegen.

Für realistisch hält die Annahme gestiegender Konsumierenden-Zahlen hingegen Dr. Gerhard Reymann, Chefarzt der Abteilung Suchtmedizin an der LWL-Klinik Dortmund in Aplerbeck. Er berichtet von großem Andrang auf die zwölf Beratungsplätze der neu eingerichteten ambulanten Cannabis-Gruppe.

Auf den nach seiner Meinung ansteigenden Misch-Konsum von Alkohol und Cannabis verweist darüber hinaus Dr. Ulrich Leyer, Oberarzt in der Unfallchirurgie des Dortmunder Klinikums. Gerade des Nachts am Wochenende müssten in der Notaufnahme häufig verletzte Misch-Konsumenten behandelt werden, die nach Stürzen oder Schlägereien blessiert sind.

Quelle: Ruhr-Nachrichten, 19. Oktober 2007,
http://www.westline.de/nachrichten/archiv/index_mono.php?file_name=20071018231631_630_001_4069746&jahrgang=2007

Modulare Kombitherapie ist bislang einzigartig in der Region

Hagen ▪ Bislang einzigartig in Westfalen ist das Konzept der „modularen Kombitherapie“ Suchtkranker. Seit einem Jahr wird es in der Region Hagen erprobt. Im nächsten Jahr soll es dann zu Vereinbarungen mit der Münsteraner Niederlassung der Deutschen Rentenversicherung kommen, um das Konzept in die reguläre Versorgung zu übernehmen. Die Rentenversicherung stand auch Pate bei der Initiierung des Projektes.

Federführend bei der Erarbeitung des Konzeptes ist die Hagener Fachklinik Im Deerth. Beteiligt sind aus Dortmund die Fachklinik Ostberge, die Adaption und ambulante Rehabilitationseinrichtung „nado“ sowie die Drogenberatungsstelle „Drobs“. Aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis beteiligen sich die Beratungsstellen der Arbeiterwohlfahrt, des Diakonischen Werks und der Caritas, aus dem Märkischen Kreis die Hans-Prinzhorn-Klinik sowie die anonyme Drogenberatung Iserlohn e.V. und aus Hagen das Adaptionshaus Södingstraße, die Klinik Elsey sowie die kommunale Drogenhilfe mit der Drogenberatungsstelle und der Fachklinik Vorhalle.

◀ Weitere Fragen beantwortet Harry Glaeske, Im Deerth 6,
58135 Hagen, Tel.: 02331 9084-12, Fax: 02331 9084-90
glaeske@deerth.de

Adaptionsbehandlung für Straffällige mitten in der Stadt

Hagen ▪ 22 neue Plätze für Maßregelvollzugs-Patientinnen und -Patienten gibt es demnächst im Behandlungszentrum Deerth in Hagen. In einem neuen, 3,5 Millionen teuren Gebäude der Einrichtung des Unterbezirks Hagen-Märkischer Kreis der Arbeiterwohlfahrt (Awo) sollen sie dann ihre Adaptionsbehandlung durchführen.

Der Standard des mitten in der Stadt an der Volmestraße gelegenen Neubaus entspricht hohen Ansprüchen. Das Gebäude ist ein Niedrigenergie-Haus. Einzel- und Doppelzimmer haben Küche und Bad, außerdem ist für jeden ein Internetanschluss vorhanden. Zum Wohlbefinden sollen auch Sporträume und ein großzügiges Parkgelände beitragen. Um mögliche Sorgen der unmittelbaren Anwohner zu zerstreuen besuchte der Leiter der Deerth-Einrichtungen, Harry Glaeske, alle Anlieger persönlich. Das WDR-Fernsehen berichtete ausführlich über diese Aktion.

Der Maßregelvollzug im Behandlungszentrum Deerth ist seit zwölf Jahren fester Bestandteil der Versorgung suchtkranker Straftäterinnen und Straftäter in Nordrhein-Westfalen. Das Land honorierte das anerkannt erfolgreiche Konzept mit einem weiteren langjährigen Vertrag. Über 40 Patienten haben somit die Chance, ihre Maßregelbehandlung in einem offenen Setting gemeinsam mit anderen drogenabhängigen Patienten zu machen.

📌 **Weitere Fragen beantwortet Harry Glaeske, Im Deerth 6, 58135 Hagen, Tel.: 02331 9084-12, Fax: 02331 9084-90**
glaeske@deerth.de

Neuer ambulanter Opiat-Entzug in LWL-Klinik Dortmund

Dortmund ▪ „Qualifizierter ambulanter Opiat-Entzug“ heißt ein neues Angebot der LWL-Klinik Dortmund. Dabei handelt es sich um ein Behandlungsangebot für Opiat-Abhängige, die noch nicht in eine Mehrfach-Abhängigkeit abgeglitten sind. Die Entzugsbehandlung ist Teil des NRW-Landesprogramms Sucht und dauert bis zu sechs Wochen.

📌 **Weitere Informationen zu dem Behandlungsangebot erteilt Dr. Gerhard Reymann von der LWL-Klinik Dortmund**
gerhard.reymann@wkp-lwl.org

Quelle: **DHS-Newsletter 18/07, 5. Oktober 2007,**
<http://www.dhs.de/cgi-bin/newsletter/newsletter.cgi?&action=archiv>

Bundesrat beschließt Gesetzesinitiative für Diamorphin

Berlin ▪ Der Bundesrat hat sich für die Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige ausgesprochen. In seiner Sitzung vom 21. September verabschiedete die Vertretung der Landesregierungen einen Gesetzesentwurf an den Bundestag, um dafür die Rechtsgrundlage zu schaffen. Unter anderem muss das Diamorphin genannte synthetische Heroin dafür als verschreibungsfähiges Betäubungsmittel eingestuft werden, damit Ärzte dies den Schwerstabhängigen legal verabreichen dürfen.

Die Initiative für den Entwurf ging von den Bundesländern Hamburg, Niedersachsen, Saarland und Nordrhein-Westfalen aus. Geknüpft wurde die Abgabe von Heroin an strenge Vorgaben. So sollen die Behandelten älter als 23 Jahre alt sein und müssen zuvor erfolglos mit Methadon substituiert worden sein. Der Vorstoß des Bundesrates ist eine Reaktion auf die bundespolitischen Diskussionen in der Folge der erfolgreich verlaufenen Modellstudie in sieben deutschen Städten zur staatlich kontrollierten Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige. Der Gesundheitsexperte der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion, Rudolf Henke, hat seine etwas skeptischeren Bundeskolleginnen und -Kollegen aufgefordert, dem Beschluss des Bundesrates gegebenenfalls zu folgen. Aufgabe der Politik sei es auch, Schwerstabhängigen ein würdiges Leben zu ermöglichen, etwa durch die Abgabe von Diamorphin.

Quellen: **Presseinformation der CDU-Landtagsfraktion NRW, 20. September 2007,**
http://www.cdu-nrw-fraktion.de/index.php?id=405&no_cache=1&tx_ttnews%5BpS%5D=1191204741&tx_ttnews%5Btt_news%5D=4096&tx_ttnews%5BbackPid%5D=83
wdr.de, 21. September 2007,
http://www.wdr.de/themen/gesundheit/pharmazie/heroinstudie/070921_hintergrund.jhtml

DGS für Liberalisierung der Methadon- und Heroin-Abgabe

Berlin ▪ Einen liberaleren Umgang mit Methadon-Substitution und der staatlichen Abgabe von Diamorphin an Schwerstabhängige hat die Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin (DGS) auf ihrer Jahrestagung in Berlin gefordert. Dr. Jörg Gölz sagte anlässlich der Tagung, dass der Gesetzgeber hohe Hürden für die Methadon-Abgabe aufstelle und der gesetzliche Ansatz der Abstinenz der Realität nicht gerecht werde.

20 Jahre Erfahrung mit Methadon-Substitution in Berlin zeigten, dass ein Drittel der Behandelten nie von der Ersatz-Droge loskämen, sich ihr Alltag und ihre soziale wie gesundheitliche Situation aber stabilisiere. Viele würden wieder arbeitsfähig. Behindert würden sie aber dadurch, dass sie sich ihr Methadon meist täglich in den Praxen der behandelnden Ärzte abholen müssten. Für Süchtige, die auf dem Land wohnten, bedeute das oft, täglich mehrere Stunden fahren zu müssen. Es sei zwar sinnvoll, diese speziellen Fälle auf Vorrat mit dem Ersatz-Stoff zu versorgen, dies sei aber verboten.

Gölz wie auch die DGS verwiesen zudem auf die Erfolge der deutschen Heroin-Studie, bei der in sieben Städten erfolgreich erprobt worden war, diejenigen durch die Gabe von Diamorphin zu stabilisieren, die nicht erfolgreich mit Methadon substituiert werden konnten. Die staatliche Abgabe von Heroin müsse dementsprechend gesetzlich geregelt werden, so die Forderung.

Quelle: **Deutschlandfunk, 2. November 2007,**
<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/forschak/690838/>

Drogenbeauftragte nicht strikt gegen Alkohol-Testkäufe

Berlin/Erbach ▪ „Unter gewissen Voraussetzungen“ ist die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, für den Einsatz jugendlicher Testkäufer und -käuferinnen, um die Einhaltung des Jugendschutzes in den Läden zu überwachen. Mindestens 16 Jahre alt sollten die Kontroll-Konsumierenden sein, gezielt ausgewählt und geschult werden.

Bätzing äußerte sich zur Jahrestagung der Drogenbeauftragten Ende Oktober, bei der sie auf die besorgniserregende Entwicklung beim Alkoholkonsum Jugendlicher hingewiesen hatte. Innerhalb von fünf Jahren hätten sich die Krankenhaus-Aufenthalte von Kindern und Jugendlichen wegen Trunkenheit von 9 500 Fällen im Jahr 2000 auf 19 400 im Jahr 2005 verdoppelt.

Die Frage des Einsatzes jugendlicher Testkäufer hatte zwischenzeitlich die öffentlichen Gemüter erregt. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hatte die Idee geäußert, sie nach den öffentlichen Protesten Mitte Oktober aber wieder zurückgezogen. Mittlerweile wurde bekannt, dass der Odenwald-Kreis bereits seit dem Jahr 2004 auf die besondere Art der Jugend-Partizipation setzt. Dort waren die eingesetzten jungen Menschen 13 bis 15 Jahre alt und bekamen Alkohol leichter an Kiosken und Tankstellen als in Getränkemärkten und Supermärkten. Nach Ansicht der Fachstelle Suchtprävention in Erbach hätten die Testkäufe Wirkung gezeigt. Denn im Zweifel ließen sich örtliche Ladenbesitzer nun häufiger den Ausweis junger Kundinnen und Kunden zeigen, wenn diese Alkohol erwerben wollen.

Bei der Jahrestagung der Drogenbeauftragten sind Handlungsempfehlungen entstanden, wie Suchtprävention mit jungen Alkohol-Konsumierenden umgehen kann. Dazu finden Sie einen Artikel in diesem KS-Newsletter:
[Handlungsempfehlungen als Ergebnis der Jahrestagung](#)

Quellen: **Netdoktor.de, 23. Oktober 2007,**
<http://www2.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?id=127917&D=23&M=10&Y=2007>
Frankfurter Rundschau, 16. Oktober 2007,
http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1227069
Südhessen Morgen, 17. Oktober 2007,
www.morgenweb.de/nachrichten/politik/20071017_srv0000001596764.html

Europa-Parlament will Jugendliche vor Alkohol schützen

Brüssel ▪ Auch die Abgeordneten des Europa-Parlamentes sorgen sich um den immer früheren Griff von Jugendlichen zu alkoholischen Getränken. Kinder, Jugendliche und Schwangere müssten mehr in den Blickpunkt der Suchtpolitik rücken, fordert das Parlament von der Europäischen Kommission. Zahlreiche Maßnahmen werden angeregt: ein Verkaufsverbot für Alkopops an Jugendliche, die höhere Besteuerung von Alkopops, die Verschärfung der Strafen für Alkohol am Steuer und die Beschränkung des Zugangs von Jugendlichen zu Alkohol.

Im Bereich „Ankündigungen und Veröffentlichungen“ in diesem LWL-KS-Newsletter finden Sie Hinweise auf Publikationen zum Thema „Jugend und Alkohol“. Pro Mente veröffentlicht Artikel-Serie „Jugend und Alkohol“
[Handlungsempfehlungen als Ergebnis der Jahrestagung](#)

Quelle: **Pressemitteilung des Europa-Parlamentes, 5. September 2007,**
http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/067-10004-246-09-36-911-20070823IPR09767-03-09-2007-2007-true/default_de.htm

NRW schreibt Kooperation Schule – Justiz gegen Drogen vor

Düsseldorf ▪ Bereits in der regulären wie auch der Spezial-Ausgabe des LWL-KS-Newsletters 5/2007 haben wir gemeldet, dass die Landesregierung Nordrhein-Westfalen die Strategie in der Drogenpolitik verändert hat. Das betrifft zum einen die Möglichkeit, Verfahren gegen Jugendliche wegen Drogen-Delikten nur noch gegen Auflagen einzustellen, zum anderen die Senkung der so genannten „Eigenbedarfsgrenze“ für den Besitz von Cannabis und Marihuana von zehn auf sechs Gramm.

Darüber hinaus hat das NRW-Innenministerium nach eigenen Angaben zum ersten Mal verbindliche Regeln für die Zusammenarbeit von Schule, Jugendämtern, Polizei und Staatsanwaltschaft bei der Bekämpfung der Drogen-Kriminalität definiert. Im Kern sind Schulen nun verpflichtet, Polizei und Staatsanwaltschaft zu informieren, wenn ihre Schülerinnen und Schüler wegen Drogen auffällig werden. Umgekehrt werden die Schulen auch von den Strafverfolgungsbehörden informiert.

◀ **Den Gemeinsamen Runderlass, der die Zusammenarbeit der Schulen mit den Justizbehörden vorschreibt, finden Sie auf einer Seite des NRW-Justizministeriums. Wir korrigieren hiermit den Link, den wir im LWL-KS-Newsletter 5/2007 speziell genannt haben und den in der Folge auch die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen in ihrem Newsletter sowie die Homepage „Suchtprävention in der Bundeswehr“ publiziert haben, der mittlerweile aber nicht mehr zum gewünschten Dokument führt.**
http://www.datenbanken.justiz.nrw.de/pls/jmi/jvv_proc_bestand?v_bes_id=1467

◀ **Bereits im LWL-KS-Newsletter 5/2007 haben wir über die veränderte Strategie der Landesregierung zur Bekämpfung der Drogenabhängigkeit berichtet.**
[NRW strafft Zügel bei Bekämpfung der Drogen-Kriminalität](#)

Quellen: DHS-Newsletter 20/07, 1. November 2007,
<http://www.dhs.de/cgi-bin/newsletter/newsletter.cgi?action=archiv>
Suchtprävention in der Bundeswehr, Aktuelles, 1. Oktober 2007,
http://www.suchtpraevention-bundeswehr.de/aktuelles_presse_politik5.htm
Pressemitteilung des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen, 5. Oktober 2007,
http://www.im.nrw.de/pm/051007_1225.html

Münchener IFT bittet um Beteiligung an Datenbank-Erstellung

München ▪ Die beim Münchener Institut für Therapieforschung (IFT) angesiedelte deutsche Referenzstelle für die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (DBDD) arbeitet derzeit am Aufbau eines zentralen Registers der Suchtkrankenhilfe. Damit soll in der Folge die deutsche Suchthilfe-Statistik verbessert werden. Zahlreiche Informationen zu den vorhandenen Einrichtungen sind mittlerweile in eine vorläufige Datenbank eingepflegt worden. Diese Daten sollen nun konsolidiert werden. Deswegen wurden alle im Datenbestand enthaltenen Einrichtungen im September von der DBDD angeschrieben und gebeten, die über sie vorhandenen Informationen zu überprüfen. Die DBDD bittet alle Einrichtungen darum, sich an der Überprüfung der Daten zu beteiligen.

◀ **Rückfragen beantworten Beate Süß und Angela Grübl**
suess@ift.de
gruebl@ift.de

Weitere Rauchverbote bei wechselhaften Zahlen

Hannover/München/Köln/Greifenstein ▪ Zwölf Prozent der Jungen und Mädchen zwischen elf und 14 Jahren rauchen bereits, die Hälfte davon stark. Das hat die Deutsche Lungenstiftung herausgefunden und veröffentlicht. Die Stiftung beruft sich auf eine Studie, bei der in den Jahren 2005 und 2006 insgesamt 3 000 Schülerinnen und Schüler bis 18 Jahre in Hessen, Bayern und Niedersachsen befragt worden waren.

Während das Zahlen-Werk der Lungenstiftung eher warnenden Charakter hat, präsentierte Elisabeth Pott, Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, zum Start der Schüler-Nichtrauch-Aktion „Be smart, don't start“ andere Daten für 12- bis 17-Jährige aus dem Frühjahr dieses Jahres. Demnach rauchen in dieser Altersgruppe nur noch 18 Prozent regelmäßig. Vor sechs Jahren lag der Anteil der Raucherinnen und Raucher in dieser Gruppe noch bei 28 Prozent. Nun geben 57 Prozent sogar an, nie zu rauchen.

Voran geht es auch mit den Nichtraucherschutzgesetzen. In Niedersachsen trat ein solches zum 1. August in Kraft. In Gaststätten ist nun seit dem 1. November das Rauchen verboten. Geraucht werden darf dort nur in separaten Räumen.

Nach Ansicht der Gastwirte Hamburgs „droht“ im Stadtstaat am 1. Januar 2008 ein Nichtraucherschutzgesetz. Auch dort soll dann allenfalls das Rauchen in abgetrennten Nebenräumen zulässig sein. Die hanseatischen Gastwirte haben nun eine Volksinitiative unter dem Titel „Selbstbestimmung für die Gastronomie“ gegen das Gesetzesvorhaben gestartet.

Vor dem bayerischen Landtag versammelten sich am 5. November derweil zirka 40 Zigarre rauchende Menschen. Mit ihrem „Smoke In“ wollten Münchener Zigarren-Freunde um eine Gaststätten-Betreiberin für das nach ihrer Meinung Jahrhunderte alte Stück Kulturgeschichte demonstrieren. Bayern ist inzwischen auf dem Weg zu einem rauchfreien Oktoberfest im nächsten Jahr. Denn nachdem das südliche Bundesland zunächst ein Nichtraucherschutzgesetz mit vielen Ausnahmen – unter anderem für Festzelte – plante, hat die CSU-Fraktion nun eine radikale Verschärfung der Gesetzesvorlage beschlossen. Zum 1. Januar soll ein Rauchverbots-Gesetz ohne jegliche Ausnahmen in Kraft treten.

🚩 In einer Vergleichsstudie hat die Schweizerische Krebsliga anlässlich der 4. Europäischen Konferenz „Tabak oder Gesundheit“ 2007 in Basel die Tabakpolitik von 30 europäischen Staaten unter die Lupe genommen. Deutschland landet dabei auf Platz 27. Die Studie finden Sie hier:
<http://media.ectoh07.org/index.php?id=301>

🚩 Informationen zum niedersächsischen Nichtraucherschutzgesetz sowie Tipps zum Rauch-Stopp finden Sie auf einer eigenen Homepage des Landes Niedersachsen:
<http://www.nichtraucherschutz.niedersachsen.de>

Quellen: The Cigar Blog, 6. November 2007, <http://cigars.kaywa.com/p1288.html>
Online-Magazin Info-Comma, 3. November 2007, <http://net.infocomma.de/?a=show&n=18906>
Ärzte-Zeitung, 25. Oktober 2007, http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/neuro-psychiatrische_krankheiten/suchtkrankheiten/?sid=469308&query=rauchen
Focus Online, 24. Oktober 2007, http://www.focus.de/politik/deutschland/gesundheitspolitik/bayern_aid_136989.html
Ärzte-Zeitung, 26. September 2007, http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/neuro-psychiatrische_krankheiten/suchtkrankheiten/?sid=464900&query=rauchen
Netdokter.de, 8. September 2007, <http://www2.netdokter.de/nachrichten/index.asp?id=127655&D=8&M=9&Y=2007>

Rheinland-pfälzische FamTische gehen in die zweite Runde

Alzey ▪ Das Modell-Projekt „Zu Gast bei Familie... FamTische“, das zwei Jahre durch das rheinland-pfälzische Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit gefördert worden ist, geht jetzt in die zweite Runde. Es soll auf weitere Regionen ausgeweitet werden.

Auch in Alzey, das bereits an der Modell-Phase teilgenommen hat, wird Moderatorin Susanne Rütten von der Jugend- und Drogenberatung künftig suchtpreventive Informationsveranstaltungen für Eltern bei einem Eltern-Paar zu Hause anbieten. Dabei kommen Substanz-bezogene Themen wie Alkohol- oder Cannabis-Abhängigkeit zur Sprache, aber auch eher psychosozial angelegte Thematiken wie beispielsweise Mobbing in der Schule.

Die LWL-Koordinationsstelle Sucht orientierte sich u.a. an dem FamTische-Konzept auch bei ihrem Projekt „SeM“ zur sekundären Suchtprevention bei jungen spätausgesiedelten Menschen in Münster. Um den Zugang zu dieser schwierigen Gruppe zu bekommen, wurden FamTische-ähnliche Veranstaltungen nach dem niederländischen Konzept „Drehbuch Homeparty“ mit Eltern der jungen Spätaussiedler in deren Wohnungen durchgeführt.

➤ Mehr zum FamTische-Konzept finden Sie auf der Projekt-Homepage
<http://www.famtische.de>

Quelle: **Allgemeine Zeitung, 28. September 2007,**
http://www.allgemeine-zeitung.de/region/objekt.php3?artikel_id=2987895

In drei Jahren soll gegen Rauchen geimpft werden

Washington ▪ Flapsig könnte gesagt werden: Pest und Cholera sind gut gegen Süchte. Denn indem beispielsweise Nikotin-Moleküle mit den Eiweißen von Cholera-Bakterien verbunden worden sind, haben US-Forscherinnen und -Forscher einen Impfstoff gegen Nikotin-Sucht entwickelt. Dieser Impfstoff immunisiert gleichzeitig auch gegen Cholera. Nach Medien-Berichten wird die Marktreife der Impfstoffe, die dann auch für weitere gängige Suchtstoffe verfügbar sein sollen, etwa in drei Jahren erreicht sein.

Raucherinnen und Raucher sollen sich mit dem neuen Serum dann von ihrem Hausarzt gegen Nikotin immunisieren lassen können – ähnlich wie bei der Immunisierung gegen Heuschnupfen. Selbst wenn sie dann rauchen, spüren sie die Wirkung des Suchtstoffes nicht mehr.

Während deutsche Suchtberater darauf verweisen, dass Süchte weit über die reine Abhängigkeit nach dem Suchtstoff hinausgehen und deshalb die reine Immunisierung gegen diesen nicht ausreicht, werden in den Berichten US-Experten zitiert, die präventive Impfungen von Jugendlichen gegen die herkömmlichen Suchtgefahren ins Auge fassen.

Quellen: **Netzeitung, 17. Oktober 2007,** <http://www.netzeitung.de/wissenschaft/782240.html>
Stern.de, 17. Oktober 2007, <http://www.stern.de/wissenschaft/medizin/600299.html>
Welt Online, 17. Oktober 2007, http://www.welt.de/wissenschaft/article1273772/Monatliche_Schutzimpfung_gegen_Nikotinsucht.html

Schweizer Eltern wollen restriktivere Drogen-Politik

Bern ▪ Die Vereinigung „Eltern gegen Drogen“ will die liberale Schweizer Drogen-Politik neu ausrichten und Abstinenz zum Ziel der Politik machen wie auch die staatliche Heroin-Abgabe abschaffen. Besonders die Gefahren des Cannabis-Konsums müssten stärker durch die Suchtprävention thematisiert werden. In der Schweiz basiert die Drogen-Politik auf den vier Säulen Prävention, Therapie, Repression und Schadensminderung. Die Parlaments-Kammern diskutieren derzeit aber eine Revision der Drogen-Gesetzgebung.

Ein Ausdruck der eher liberalen, auf Schadensminderung ausgerichteten Politik ist beispielsweise ein Wohnheim in Zürich, in dem ältere Heroin-Abhängige wohnen, die bislang durch keine Therapie erfasst wurden. Nun können sie in der Einrichtung wohnen und Heroin konsumieren. Die Einrichtung wurde geschaffen, um diese Menschen unterzubringen, deren Verhalten in ihrem Zustand für jede andere Form der Gemeinschaft nicht tragbar wäre.

Quellen: Nachrichten.ch, 10. Oktober 2007, <http://www.nachrichten.ch/detail/289550.htm>
taz, 31. Oktober 2007, <http://www.taz.de/1/leben/alltag/artikel/1/ein-altersheim-fuer-junkies/?src=ST&cHash=31c92ccdb9>

Cannabis-Problematik in Österreich stärker als gedacht

Wien ▪ Zahlen der österreichischen Polizei haben in der Alpen-Republik eine Diskussion über eine möglicherweise unterschätzte Gefahr durch den gestiegenen Cannabis-Konsum losgetreten. 11 152 Menschen wurden voriges Jahr in Österreich durch die Polizei das erste Mal wegen Cannabis-Missbrauchs belangt. Im Jahr 2000 waren es noch 7 727.

Dieser Steigerung entsprechen viele der offiziellen Zahlenwerke wie beispielsweise die Wiener Suchtmittelstatistik nicht, die bei den 15- bis 29-Jährigen lediglich von 8 Prozent Cannabis-Konsumierenden ausgehen. Suchthilfe-Beschäftigte verweisen aber darauf, dass gerade die Zahl der stark Cannabis-Konsumierenden extrem angestiegen sei. Und damit einher gingen psychische Probleme. Denn exzessiver Cannabis-Missbrauch habe nichts mit dem klischeehaften entspannten Kiffen der Hippie-Ära gemein.

Quelle: Die Presse, 9. Oktober 2007, <http://www.diepresse.com/home/panorama/oesterreich/335446/index.do>

Staatliche Heroin-Abgabe Schwerpunkt in Sucht 5/2007

Geesthacht ▪ Das deutsche Modellprojekt zur ärztlich kontrollierten Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige und die ähnlichen Projekte in der Schweiz und in den Niederlanden bilden den thematischen Schwerpunkt der Ausgabe 5/2007 der Zeitschrift „Sucht“. Beiträge von Jürgen Rehm, Christian Haasen, Silke Kuhn, Rebecca Löbmann und anderen befassen sich mit verschiedenen Aspekten der Diamorphin-Behandlung. Beleuchtet werden unter anderem psychosoziale Aspekte, der Zusammenhang von Diamorphin-Behandlung und Kriminalität, aber auch die Effekte des deutschen Modellprojektes, die anhand einer randomisierten Therapie-Studie erhoben worden ist. Zwei Original-Beiträge behandeln darüber hinaus die Themen Glücksspiel und Gültigkeit von Cannabis-bezogene Diagnosen in Suchtberatungsstellen.

▼ Mehr Informationen zum Inhalt sowie Bestellmöglichkeiten für die Zeitschrift „Sucht“ erhalten Sie auf der Internetseite des herausgebenden Neuland-Verlages
<http://www.neuland.com/index.php?s=sxt>

Pro Mente veröffentlicht Artikel-Serie „Jugend und Alkohol“

Linz ▪ Eine sechsteilige Artikelserie zum Thema „Jugend und Alkohol“ hat das Linzer Institut Suchtprävention „Pro Mente“ zur Kampagne „Nachdenken statt Nachschenken“ des Fonds „Gesundes Österreich“ beigesteuert. Die Pro-Mente-Beiträge sind im Oktober in der Wochenzeitung „Oberösterreichische Nachrichten“ veröffentlicht worden. Darin geht es um die Wirkungsweisen von Alkohol, Fragen des Jugendschutzes sowie die Problematik von Kindern alkoholkranker Eltern. Eigene Beiträge befassen sich mit Tipps für Eltern zum Umgang mit dem Alkoholkonsum ihres Kindes.

▼ Die Artikel-Serie steht auf der Homepage des Institutes Suchtprävention zum Herunterladen bereit.
<http://www.praevention.at/seiten/index.php/nav.6/view.391/level.2/>

Tagungsbeiträge: Familie als Zielgruppe für Suchtprävention

Spital/Phyrn ▪ Etwa 120 Suchtpräventions-Fachleute haben an der Jahrestagung der österreichischen ARGE Suchtvorbeugung vom 29. bis 31. Oktober in Spital/Phyrn teilgenommen. Thema war die Familie als Zielgruppe suchtpräventiver Maßnahmen.

▼ Die Beiträge zu der Fachtagung sollen gemeinsam mit einigen Fotos in der nächsten Zeit auf der Homepage der ARGE Suchtvorbeugung veröffentlicht werden, sind derzeit aber noch nicht online.
<http://www.suchtvorbeugung.net>

Quelle: Pro-Mente-Info-Corner, 31. Oktober 2007,
www.praevention.at/news/index.php/action.view/entity.detail/key.429/nav.6/view.29/level.2/

Handlungsempfehlungen als Ergebnis der Jahrestagung

Berlin ▪ Handlungsempfehlungen zum Umgang mit jugendlichen Alkohol-Konsumierenden haben die Referentinnen und Referenten der Jahrestagung der Drogenbaufragten in Kooperation mit deren Büro und der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) erarbeitet. Die Empfehlungen sind das Ergebnis einer Veranstaltung am 22. Oktober in Berlin. 200 Interessierte verfolgten die Tagung mit dem Titel „Voll drauf – neue Formen jugendlichen Alkoholkonsums?“ Das Erscheinen der Tagungsdokumentation ist für Februar angekündigt.

▼ Die Handlungsempfehlungen können Sie sich bereits über den Dokumenten-Server des Bundesgesundheitsministeriums herunterladen.

http://www.bmg.bund.de/clin_041/nn_604240/DE/Themenschwerpunkte/Drogen-und-Sucht/Handlungsempfehlungen,templatelD=raw,property=publicationFile.pdf/Handlungsempfehlungen.pdf

Quelle: DHS-Newsletter 19/2007, 28. Oktober 2007,
<http://www.dhs.de/cgi-bin/newsletter/newsletter.cgi?action=archiv>

Drogen-Broschüre will nicht Nein sagen

Köln ▪ Auf einen bedauerlichen Fehler im Artikel „Neu aufgelegt: Drogen – sag einfach nein!“ im vorigen LWL-KS-Newsletter hat uns Ralf Wischnewski von der Drogenhilfe Köln hingewiesen. Die von seiner Einrichtung herausgegebene Broschüre heißt nicht, wie von uns gemeldet, „Drugs – just say no“, sondern „Drugs – just say know“. Die Aussage des Titels werde durch unseren Fehler verfälscht, meint Wischnewski. Tatsächlich wolle der Titel aussagen: „Drogen – sag einfach wie“.

▼ Mittlerweile kann die Broschüre „Drugs – just say know“ wieder auf der Internetseite der Drogenhilfe Köln gGmbH bestellt werden.

<http://www.partypack.de/>

Anschauliche Präsentation über Drogen im Gehirn

Amsterdam ▪ Was richten Drogen im Gehirn an? Das können sich Interessierte nun anschaulich und in zahllosen Sprachen auf Homepage des Amsterdamer Jellinek-Zentrums anschauen. „Drugs and the brain“ ist der Titel der Präsentation, die in 15 Sprachen vorliegt und die Auswirkungen der Drogen Cannabis, Ecstasy, Speed, Heroin, Alkohol, Nikotin und Kokain auf das neuronale System darstellt – alles mit leicht verständlichen, kurzen Texten und anschaulichen, hier und da animierten Bildern.

Realisiert wurden die Präsentationen mit so genannten Flash-Videos. Entsprechende Abspiel-Software ist aber in jedem modernen Browser enthalten.

<http://www.jellinek.nl/brain>

Impressum

Der LWL-KS-Newsletter wird herausgegeben von:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Dezernat 50
LWL-Koordinationsstelle Sucht
Leitung: Wolfgang Rometsch
Warendorfer Str. 27
48133 Münster
Tel. 0251/591-3267
Fax: 0251 591-5499
E-Mail: kswl@lwl.org
Redaktion: Hartmuth Elsner (verantwortlich)
Anschrift wie oben
Ulrich Klose
Jörg Körner

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich